

Fragen

für die Fragestunde der 205. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 30. November 2016

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Lay, Caren (DIE LINKE.)	1, 2
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	12, 13	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	8, 15
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	14, 31	Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 23
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	16, 17	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	30
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	18, 19	Post, Achim (Minden) (SPD)	37, 38
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 27
Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 34	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 24
Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	28, 29
Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 9	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	3
Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	35, 36	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	25, 26

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, für die zusätzlichen Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung in Höhe von 1 Milliarde Euro ab 2017 jährlich neue Vergabekriterien wie konkretisierte Zweckbindung und Berichtspflicht durch die Länder zu definieren?

2. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
Welche Gründe veranlassten die Bundesregierung, auf die Einführung des geplanten Wohnungsbauprogramms zur Vermeidung von sozialen Brennpunkten in Städten mit besonderem Wohnungsbedarf zu verzichten und stattdessen die hierfür vorgesehenen 500 Millionen Euro zusätzlich in den Titel 1606 / 882 02 – 411 (Kompensationszahlungen an die Länder zur sozialen Wohnraumförderung) ohne Zweckbindung einzuspeisen?

3. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
Wann ist die Bundesregierung über die eingesetzte deutsch-belgische Arbeitsgruppe zu Fragen der kerntechnischen Sicherheit oder andere Wege über die vom Chef der belgischen Atomaufsichtsbehörde (FANC), Jan Bens an die Betreiber der belgischen Atomkraftwerke Tihange und Doel, Electrabel und Engie, in den durch die belgische Zeitung „La Libre“ veröffentlichten Briefen vom Juli und September 2016 adressierte Kritik an der fehlenden Sicherheitskultur und Warnung vor einer „alarmierenden Wahrscheinlichkeit einer Kernschmelze“ (vgl. www.lalibre.be/actu/belgique/surete-nucleaire-deux-lettres-accablantes-et-alarmantes-destinees-a-electrabel-582f70d6cd70735194a3ed84 und www.heise.de/tp/news/Alarmierende-Wahrscheinlichkeit-eines-Supergaus-in-belgischen-Atomkraftwerken-3494478.html) informiert worden, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung im Zusammenhang damit ergreifen?

4. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung die Schreiben bekannt, die die belgische Atomaufsicht FANC laut Medienberichten (www.heise.de/tp/news/Alarmierende-Wahrscheinlichkeit-eines-Supergaus-in-belgischen-Atomkraftwerken-3494478.html) an den Betreiber Elektrabel sandte, und was unternimmt sie angesichts der dort offensichtlich beschriebenen, katastrophalen Zustände im Atomkraftwerk Tihange?
5. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zu zwei Briefen der belgischen Atomaufsicht FANC an den Atomkraftwerksbetreiber Electrabel vom Juli und September 2016, in dem die Sicherheitskultur des Atomkraftwerks Tihange nicht nur stark kritisiert wird, sondern auch – basierend auf der Studie zum Brandschutz „Fire PSA“ – für die Atomkraftwerke Doel 3 und 4 sowie Tihange 1, 2 und 3 die „alarmierende Wahrscheinlichkeit einer Kernschmelze“ untermauert wird, und was hat die Bundesregierung hinsichtlich dieser besorgniserregenden Erkenntnisse konkret unternommen (vgl. „Sûreté nucléaire: Deux lettres accablantes et alarmantes destinées à Electrabel“ vom 19. November 2016. Online unter URL: www.lalibre.be/actu/belgique/surete-nucleaire-deux-lettres-acclablantes-et-alarmantes-destinees-a-electrabel-582f70d6cd70735194a3ed84)?
6. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie stark wird nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland und dem europäischen Ausland das Notkühlwasser von Reaktoren aufgeheizt (bitte anlagengenaue Angabe), und welcher Wert gilt nach Kenntnis der Bundesregierung in den jeweiligen Ländern als Limit/Höchsttemperatur, über dem/der eine Notfallkühlung des Reaktorkerns nicht mehr gewährleistet ist?
7. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung eine Beteiligung der Produzenten von HBCD-haltigen Dämmstoffen an den Entsorgungskosten, und wenn nicht, wer soll sie tragen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

8. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Welche Kooperation ist im Rahmen des GIZ-geführten Regionalvorhabens „Better Migration Management“, welches u. a. auch eine Zusammenarbeit mit dem Südsudan vorsieht, mit der Regierung bzw. den Behörden des Südsudan angedacht und unter den derzeitigen bürgerkriegsartigen Zuständen im Land überhaupt möglich (bitte um Auflistung der Projektpartner im Südsudan sowie der geplanten und bereits initiierten Kooperationen/Projekte), und warum hält die Bundesregierung die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit dem Südsudan aufrecht, obwohl das Regime von Präsident Salva Kiir sowohl als äußerst gewalttätig als auch korrupt gilt (www.nytimes.com/2016/09/13/world/africa/south-sudan-salva-kiir-riek-machar-corruption.html?_r=0)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

9. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, für ihre G20-Präsidentschaft 2017 die Umsetzung der Forderung des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), das Thema „Urbanisierung und Transformation“ dauerhaft zu einem Tagesordnungspunkt der G20 aufzuwerten, und wenn nicht, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

10. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang liefert Deutschland dem NATO-Partner Türkei Rüstungsgüter (Art der Güter, Anzahl und Wert pro Jahr) seit 2011, und inwiefern erwägt die Bundesregierung in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen in der Türkei diese Waffenlieferungen zu stoppen, welche die Türkei ggf. im Krieg gegen Teile der eigenen Bevölkerung einsetzen könnte?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

11. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Visa zur Arbeitsaufnahme nach § 26 Absatz 2 der Beschäftigungsverordnung wurden bis Ende September 2016, das heißt in den ersten neun Monaten seit Inkrafttreten der Regelung für Staatsangehörige der Westbalkanländer, erteilt und wie viele abgelehnt (bitte jeweils für die einzelnen Auslandsvertretungen aufschlüsseln), und wie viele Anträge befinden sich derzeit jeweils noch in Bearbeitung?
12. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche), dass das „Dezernat für Sondereinsätze der türkischen Polizei“, die Anti-Terror-Spezialeinheit der türkischen Polizei (Polis Özel Harekât – PÖH), die in den mehrheitlich von Kurden bewohnten Gebieten im „Einsatz“ ist, Steyr-Scharfschützengewehre SSG 08 einsetzt, und inwieweit kann die Bundesregierung ausschließen, dass es sich um welche von den aus Deutschland in den Jahren 2011 und 2012 an die türkische Polizei gelieferten 600 Scharfschützengewehre der Marke Steyr SSG 08 handelt (siehe die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/6480)?

13. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, dass nach mir vorliegenden Informationen im österreichischen Parlament ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Andreas Schieder, Reinhold Lopatka, Peter Pilz, Walter Rosenkranz, Matthias Strolz, Robert Lugar betreffend keine Waffenexporte in die Türkei am 24. November 2016 beschlossen wurde, wonach „keinerlei Lieferungen von Kriegsmaterial, Verteidigungsgütern oder Dual-Use-Gütern für militärische oder polizeiliche Zwecke in die Türkei aus Österreich erfolgen“ dürfen, wozu „insbesondere auch alle sonstigen Schusswaffen wie etwa Scharfschützengewehre sowie Technologie, Chemikalien und sonstige Güter im Sinne der Anhänge I und IV der EU Dual-Use-Verordnung (VO 2016/1969)“ gehören, und inwieweit teilt die Bundesregierung die in diesem Entscheidungsantrag enthaltene Auffassung, wonach die Gefahr besteht, dass derartige gelieferte Waffen zur Unterdrückung von Menschenrechten verwendet werden könnten bzw. würden und der begründete Verdacht besteht, dass diese Güter den Konflikt in der Türkei auslösen, verlängern oder verschärfen würden?
14. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt die Bundesregierung, dass in einem von islamistischen Terrorgruppen gehaltenen Stadtteil Aleppos nach der Eroberung von syrischen Regierungstruppen deutsche Waffen, Scharfschützengewehre von Heckler & Koch und Gasmasken der Firma Dräger gefunden wurden (www.jungewelt.de/2016/11-24/001.php)?
15. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Welche sollen die Schwerpunkte der Migrationspartnerschaft mit Ägypten sein, die die Bundesregierung und die EU nach Aussagen der Bundesregierung im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages vom 9. November 2016 zusätzlich zu den bestehenden Partnerschaften mit Äthiopien, Mali, dem Niger, Nigeria und dem Senegal anstreben, und inwiefern teilt die Bundesregierung die Befürchtung von Gerald Knaus, die er bei einer Veranstaltung des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft am 5. Oktober 2016 in Anwesenheit etlicher Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung äußerte

(www.afrikaverein.de/fileadmin/user_upload/Pressemitteilungen/Africa%20Insight%20-%20Der%20Merkel-Plan.pdf), nämlich dass Flüchtlingsdeals mit afrikanischen Migrations-Transitländern menschenrechtlich nicht zu verantworten seien?

16. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welchen Stand hat die seit April 2014 ausstehende Beantwortung eines Fragenkatalogs der Bundesregierung an die US-Regierung zur Beteiligung als Relaisstation am US-Drohnenkrieg (fragegegenständlich sind nicht Starts und Landungen von Drohnen, sondern deren Steuerung via Ramstein), an die das Auswärtige Amt zunächst „fortgesetzt“, dann „eindringlich“ und „mit Nachdruck“, zwischenzeitlich „fortgesetzt eindringlich“ und nunmehr „wiederholt nachdrücklich“ erinnert haben will (vergleiche die Antwort der Bundesregierung auf meine Mündlichen Fragen 18, Plenarprotokoll 18/78 sowie 37, Plenarprotokoll 18/178), obwohl die zuständige Staatsministerin Dr. Maria Böhmer mir auf meine Mündliche Frage 3, Plenarprotokoll 18/45, vor zweieinhalb Jahren die Beantwortung „innerhalb weniger Wochen“ versprach, und inwiefern rechnet die Bundesregierung während der Amtszeit des US-Präsidenten Barack Obama überhaupt noch mit einer Beantwortung bzw. sonstigen finalen Klärung ihrer offenen Fragen, zumal die Angelegenheit (zumindest angesichts fehlender Medienberichte) offensichtlich nicht beim jüngsten Besuch des noch amtierenden US-Präsidenten in Berlin in der 46. Kalenderwoche dieses Jahres zur Sprache kam?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

17. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Was ist der Bundesregierung darüber bekannt, ob die EU-Polizeiausbildungsmission EUBAM Libyen, an der auch die deutsche Bundespolizei beteiligt ist, die libysche Einheitsregierung dazu berät, wohin Geflüchtete zu verbringen wären, wenn die libysche Küstenwache (etwa bei gemeinsamen Patrouillen mit einer zukünftig in „Phase 3“ ausgeweiteten EU-Militärmission EUNAVFOR MED) Geflüchtete in Hoheitsgewässern aufgreift, und was kann die Bundesregierung zu Plänen oder Maßnahmen mitteilen, die Voraussetzungen

für den Übergang von EUNAVFOR MED zur „Phase 3“ zu schaffen, was laut der „taz. die tageszeitung“ vom 24. November 2016 unter anderem bedeutet, dass Libyen Migranten nach internationalen Standards aufnehmen können muss, wozu die Zeitung schreibt, es gebe unter den 24 libyschen Internierungslagern auch solche, die der Regierung unterstehen?

18. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie viele minderjährige unbegleitete Flüchtlinge haben seit Inkrafttreten des so genannten Asylpakets II einen nur subsidiären Schutzstatus erhalten (bitte auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde seitdem ein Familiennachzug zu unbegleiteten minderjährigen subsidiär Schutzberechtigten im Wege von Einzelfallentscheidungen nach § 22 des Aufenthaltsgesetzes ermöglicht?

19. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Ist die Information des Niedersächsischen Flüchtlingsrates e. V. zutreffend, dass es im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit Inkrafttreten des sogenannten Asylpakets II eine geänderte Entscheidungspraxis gab, insofern, dass die Gewährung von Flüchtlingsschutz nicht mehr die Regelentscheidung sein sollte (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 23, Plenarprotokoll 18/198, S. 19751, Anlage 21; bitte ausführen), und inwieweit ist es nach Auffassung der Bundesregierung verhältnismäßig und sinnvoll, die umstrittene Frage, ob syrische Asylsuchende bereits aufgrund ihrer Flucht und Asylantragstellung im Ausland bei einer Rückkehr nach Syrien mit der Gefahr politischer Verfolgung zu rechnen haben, höchstrichterlich klären lassen zu wollen (vgl. die Antwort der Bundesregierung zu Frage 9 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 18/9992), da dies, wegen des ausgesetzten Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten und den daraus folgenden Härten und Integrationshindernissen, bereits jetzt zu zehntausenden Gerichtsverfahren (www.ulla-jelpke.de/wp-content/uploads/2016/11/KA-18_9657-Subsidi%C3%A4rer-Schutz-Syrer-Nachbeantwortung_.pdf) geführt hat, in denen die Betroffenen bislang überwiegend Recht bekommen haben, so dass mit einer gerichtlichen Klärung nicht vor März 2018 zu rechnen ist (bitte ausführen)?

20. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele homo- bzw. transphob motivierte Straf- und Gewalttaten (Sexuelle Orientierung) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im ersten Halbjahr bzw. den ersten drei Quartalen 2016 im Vergleich zum Vorjahr erfasst, und welche Aussagen lassen sich über die Tatverdächtigen treffen (Politisch motivierte Kriminalität)?
21. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele islamfeindliche Gewalt- und Straftaten wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Jahresbeginn 2016 erfasst, und wie viele Menschen waren von diesen Taten betroffen?
22. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Haben Nachrichtendienste des Bundes seit 1985 entgegen den Vorgaben auch des Deutschen Bundestages (vgl. Bundestagsdrucksachen 10/4253 und 10/4257) ihre Ausgaben teils aus anderen als Bundessteuermitteln bestritten, etwa durch ergänzende Zuwendungen privater Dritter oder aus sogenannten Briefkastenfirmen (gemäß der Definition in der Antwort der Bundesregierung vom 30. Mai 2016 auf meine Schriftliche Frage 37 auf Bundestagsdrucksache 18/8659, und wie lauten – bejahendenfalls – die Einzelheiten (Dienst, Jahr, Zuwender, Betrag, Zweck)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

23. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Auslieferungsgesuche mit jeweils welcher Begründung hat die Republik Türkei in den letzten zehn Jahren an die Bundesregierung gerichtet (sortiert nach Jahren und Grund für den Auslieferungsantrag)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

24. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft der Bericht von tagesschau.de vom 22. November 2016, 18 Uhr, zu, wonach die früheren Eigentümer des Pullacher BND-Geländes jenes 1934 und 1936 an Martin Bormann – selbst laut dessen amtlichem Treuhänder – nur unterbewertet sowie unter Zwang verkauften, weshalb Rückgabeforderungen drohten, wie nun tatsächlich erhoben, und wann erfuhr die Bundesregierung bzw. die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben oder der BND von diesen Umständen und Forderungen, insbesondere möglicherweise noch bevor sie den Haushaltsgremien des Deutschen Bundestages ab ca. 2003 beträchtliche Gewinne aus dem Verkauf dieses Geländes verhielt als Kostenbeitrag zum gewünschten BND-Neubau in Berlin (www.bild.de/news/Inland/bnd/millionengrab-bnd-zentrale-35374060.bild.html und www.tagesspiegel.de/berlin/stadtleben/planungschao-neubau-der-bnd-zentrale-wird-erheblich-teurer/5866724.html)?
25. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele ehemalige Postbeamtinnen und -beamte gehörten bzw. gehören nach Kenntnis der Bundesregierung 1991 sowie aktuell zum Personal der Deutschen Telekom AG, und zu welchen Einrichtungen und Behörden wurden die Beamtinnen und Beamten der Deutschen Telekom AG in der Vergangenheit bzw. sind sie gegenwärtig zum Zwecke der Amtshilfe o. Ä. abgeordnet, versetzt oder zugewiesen (bitte die aktuelle Verteilung auf die Einsatzstellen zahlenmäßig aufschlüsseln)?
26. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Worauf führt die Bundesregierung die Tatsache zurück, dass der Einsatz der Beamtinnen und Beamten der Deutschen Telekom AG durch den Amtshilfennehmer in der Regel unbefristet, im Falle der entsprechenden Amtshilfe bei der Bundesagentur für Arbeit aber in der Regel auf zwölf Monate befristet erfolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

27. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Anteil an Niedriglohnbeschäftigten an allen Beschäftigten im Jahr 2015 (auf Basis der Verdienststrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes bzw. des Sozioökonomischen Panels des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung), und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Anteile verschiedener Beschäftigungsformen (z. B. Minijobs und Leiharbeit) an der Niedriglohnbeschäftigung im Jahr 2015?
28. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wie sollen die im Entwurf des Bundesteilhabegesetzes in Artikel 22 geänderten Regelungen zu § 39 Absatz 1 Satz 2 Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (Kosten und Sachaufwand des Werkstattrats) konkret umgesetzt werden, vor allem in Hinblick auf den mir gegenüber vorgebrachten Einwand von Vertretern der Werkstatträte Deutschland, dass sich diese aufgrund ihres aktuellen Personalbestands nicht in der Lage sehen, die Beiträge von über 600 Werkstätten einzuziehen?
29. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Sind der Bundesregierung Fälle, wie zum Beispiel die Situation des D. B., dem aufgrund „zu hoher Assistenzkosten“ eine Heimeinweisung droht, bekannt (Quelle: Landesschau Baden-Württemberg des SWR, 17. November 2016)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

30. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse besitzen die Bundesregierung und nachgeordnete Behörden/Stellen über die Anwesenheit von Angehörigen der Bundeswehr und deutscher Nachrichtendienste auf syrischem Staatsgebiet (unabhängig davon, in welcher Funktion diese Personen sich dort aufhielten/hinbegaben, unter welchem Kommando sie stehen/standen oder ob diese Personen an andere staatliche

oder internationale Akteure abgeordnet oder ausgeliehen sind/waren) zu welchen Zeitpunkten seit Juli 2015?

31. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass in der nordsyrischen Stadt Manbidsch SDF-Kämpfer (sogenannte Syrische Demokratische Kräfte) von deutschen Militärberatern oder Einheiten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) ausgebildet werden (www.jungewelt.de/2016/11-24/001.php)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

32. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lauten die Maßnahmen und Eckpunkte des geplanten Luftverkehrskonzepts der Bundesregierung, die vom Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt am 22. November 2016 vorgestellt wurden, und inwiefern wurden sie bereits zwischen den Ressorts abgestimmt?
33. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Besteht nach Ansicht der Bundesregierung eine Rechtsgrundlage, um entgangene Steuereinnahmen bei der Kfz-Steuer rückwirkend von Autoherstellern oder Fahrzeughaltern einzufordern, falls sich Verbrauchsangaben von Fahrzeugen, die im Rahmen des Typgenehmigungsverfahrens ermittelt wurden, als falsch erweisen, und inwiefern plant die Bundesregierung, diesen Rechtsrahmen zu nutzen, falls sich die in den Pressemeldungen der letzten Wochen genannten Messergebnisse im Rahmen der Untersuchungskommission „Volkswagen“ bewahrheiten sollten?
34. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es, wie vom Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt auf Twitter am 4. November 2016 angekündigt, im November dieses Jahres eine Einigung mit der EU-Kommission zur PKW-Maut „Wir bewegen uns aufeinander zu und ich bin sehr zuversichtlich, dass die Einigung mit der EU-Kommission im November steht“ (bitte unter Angabe

der konkreten Einigungsergebnisse), und falls nein, weshalb scheiterte die Einigung (bitte unter Angabe, wann dann mit einer Einigung zu rechnen sei)?

35. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Welche Unternehmen, Verbände und weitere Beteiligte haben am ersten Runden Tisch zur Stärkung des Schienengüterverkehrs am 27. September 2016 teilgenommen, und was war Gegenstand dieser ersten Beratung?
36. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Ist es beabsichtigt, dass sich der Runde Tisch auch mit der Reduzierung des vom Schienengüterverkehr ausgehenden Lärms befassen soll, und inwieweit wird dies in den Bereichen Infrastruktur, Produktion und Rahmenbedingungen Bestandteil der zu identifizierenden und umzusetzenden Maßnahmen (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/K/20160927-runder-tisch-staerkung-schienengueterverkehr.html) sein, auch angesichts der Tatsache, dass für die Akzeptanz des Schienengüterverkehrs Maßnahmen zur Lärmreduzierung von besonderer Bedeutung sind?
37. Abgeordneter
Achim Post
(Minden)
(SPD)
- Welche Gründe sprechen beim Projekt Ausbau-/Neubaustrecke (ABS/NBS) Hannover – Bielefeld, Lfd. Nr. 13 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes gegen die Benennung „ABS/NBS Hannover – Lindhorst, ABS Lindhorst – Löhne“?
38. Abgeordneter
Achim Post
(Minden)
(SPD)
- Auf welcher Strecke (genaue Ortsangaben) soll die vom Bundesverkehrsministerium nach mir vorliegenden Informationen geforderte, für den Deutschland-Takt erforderliche Fahrzeitverkürzung von voraussichtlich acht Minuten erreicht werden?

